

Einladung

München, 5.7.2011

zur Sitzung am Montag, den 11. Juli 2011, 19:00 – 22:00 Uhr
im Hacker-Pschorr Bräuhaus, Fischerstüberl, Theresienhöhe 7
U4/5 Theresienwiese, S1-8 Hackerbrücke, Tram 18/19, Bus 53/58

Tagesordnung

- 1 Vortrag mit Diskussion
Bringt Nordafrika Europa an seine Grenzen?
Nadja Hirsch MdEP
- 2 Anträge
 - 2.1 Den Staat Palästina anerkennen
 - 2.2 Einen gemeinsamen Staat Israel/Palästina anerkennen
- 3 Verschiedenes, Aktuelle Viertelstunde

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,
im Namen der Vorsitzenden Frau Ruth Hohenadl darf ich Sie sehr herzlich einladen zu unserer nächsten Sitzung am Montag, den 11. Juli 2011 um 19:00 Uhr in das Fischerstüberl im Hacker-Pschorr Bräuhaus, Theresienhöhe 7 in München.

Unsere Referentin Frau Nadja Hirsch MdEP war von 2002 bis 2009 Stadträtin in München. Seit 2009 ist sie Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Im Europaparlament sitzt sie in folgenden drei Ausschüssen: Beschäftigung und Soziales, Innen (Migration und Integration) sowie Kultur und Bildung. Sie ist parlamentarische Geschäftsführerin der FDP im EP. In der FDP Oberbayern ist sie stellvertretende Vorsitzende für Programmatik.

Zum Thema: Die unsichere und teils sogar lebensgefährliche Situation in einigen Ländern Nordafrikas hat die Zahl der Flüchtlinge in den letzten Monaten stark ansteigen lassen. Viele der nordafrikanischen Menschen setzen für die Hoffnung auf ein freies, sicheres und selbstbestimmteres Leben, eben dieses aufs Spiel. Mit überladenen alten Booten brechen sie auf von den Stränden Nordafrikas – oft mit dem Ziel Lampedusa, eine zu Italien gehörende Mittelmeerinsel, die nur ca. 150 km von Tunesien entfernt liegt.

In der Sitzung liegt unter anderem auf: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 24-26/2011 vom 14. Juni 2011 zum Thema: Belarus.

Sollten Sie zur Sitzung nicht kommen können, benachrichtigen Sie bitte kurz Frau Schwade: Telefon: 089/126009-40, Telefax: 089/126009-51, e-mail: bv.oberbayern@fdp.de

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lutz Scheicher
stv. Vorsitzender
3 Anlagen

Anwesend (25): Fr. Ruth Hohenadl (Vorsitzende), Meuschel (stv. Vors.), Scheicher (stv. Vors.), Werner (stv. Vors./Schriftführer), Andreas Biele (Referent), Ertl, Dr. Hess, von Carnap, Sieck, Krack, Berni, Dr. Güthe, Haunreiter, Fr. Haunreiter, Dr. Schöttgen, Fr. Schöttgen, Hohenadl, Hilgendorf, Braun, Fr. Wendland-Braun, Fritz, von Wesendonk, Auer, Fr. Wolsky, Huber.

Entschuldigt (3): Stoßno, Eschl, Mathis und andere.

Die Sitzung fand unter der Leitung von Frau Ruth Hohenadl im Fischerstüberl des Hacker-Pschorr Bräuhauses in München auf der Theresienhöhe statt. Nach einer kurzen Begrüßung der zahlreichen Teilnehmer sprach der Referent des Tages – Andreas Biele – zum Thema: **"Keine Eulen in Athen - Rettungsschirm als Anker für Griechenland oder Risiko für den Euro? "**

Andreas Biele ist Stv. Stadtvorsitzender der FDP München und dort zuständig für Programmatik. Beruflich ist Andreas Biele Senior Vice President der Unicredit Asset Group und seit gut zehn Jahren im Bankenbereich tätig.

Die griechische Tragödie beginnt mit den Darstellern, die sich in einem Interessenkonflikt befinden. Es sind dies u.a. der Internationale Währungsfonds, die Internationalen Rating-agenturen, Unternehmen und Handelspartner, die Banken, die Europäische Zentralbank und die Kapital- und Finanzmärkte.

Der Zustand: Fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit, negative Handelsbilanz, hohe Korruption und Vetternwirtschaft, ineffizienter Staat und hohe Staatsquote, Steuerverweigerung und Steuerhinterziehung (z.B. Schmuggel), Reformwiderstand.

Dazu kommen ein hoher Anteil an Auslandsschulden; Griechenland muß ca. 100 Mrd. Euro Schulden bedienen ohne das hinzukommende Haushaltsdefizit. Die größten Gläubiger heute sind Frankreich (42 Mrd. EUR) und die Bundesrepublik (25 Mrd. EUR), die privaten Gläubiger (300 Mrd. US\$) sind heute noch in der Mehrzahl werden aber zunehmend von der EU abgelöst (2012 schon 100 Mrd. EUR). Die deutschen Banken sind mit ca. 5,5 Mrd. EUR dabei, allen voran die Commerzbank und die Deutsche Bank, auch die BayernLB ist mit von der Partie.

Es heißt also - Eisern sparen und Privatisieren: 50 Mrd. EUR sollen durch Privatisierung hereinkommen, Renten werden eingefroren, die MwSt. auf 21% erhöht, Gehälter von öffentlich Bediensteten eingefroren etc....

Außerdem hat die EU ein Rettungspaket für den Euro in Höhe von 750 Mrd. EUR und ein Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 110 Mrd. EUR bis 2012 eingerichtet.

Dazu muß man wissen: Der Binnenmarkt wächst weiter zusammen: 1992 wurde in Maastricht eine Währungsunion beschlossen – der Euro war geboren. 1999 wurde der Euro als Buch-, 2002 als Bargeld eingeführt. 16 EU-Mitgliedstaaten beteiligen sich (ab 01/2011

auch Estland) mit mehr als 300 Millionen Menschen! Aber: keine limitierte Mitgliedschaft, d.h. ein Austritt ist nicht vorgesehen, keine Sanktionsmechanismen, keine Unterstützungsmechanismen. Auch die Konvergenzkriterien zählen dazu: Die Inflation des Mitgliedstaats darf nicht höher als 1,5% als jene der 3 stabilsten Mitgliedsstaaten sein und: Neue Schulden, die ein Staat aufnimmt, dürfen nicht höher als 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sein und: die Gesamtschulden dürfen nicht mehr als 60% BIP betragen (oder es muss eine rückläufige Tendenz erkennbar sein)

Staats-Ausfälle sind kein Phänomen der Neuzeit. "Sovereign Defaults" werden von den Ratingagenturen z.T. seit mehr als hundert Jahren aufgezeichnet. Fast immer ging dies mit "Haircuts" einher, wie in Russland 1999 (50 Mrd. EUR), Ukraine 1998, Pakistan 1999, Ecuador 2000, Argentinien 2001 – 2005 (55 Mrd. EUR), Uruguay 2003 (3,88 Mrd. EUR).

Wie hoch sind die Forderungen deutscher Banken an sogenannte PIGS-Staaten: Portugal (27 Mrd. EUR), Irland (104 Mrd. EUR), Griechenland (27 Mrd. EUR), Spanien (135 Mrd. EUR)

Und was glauben die Märkte? Die Implizierte Konkurswahrscheinlichkeit von Griechenland ist 69%, während Irland bei 47%, Portugal bei 46% und Spanien bei nur 19% liegt; zum Vergleich Deutschland und USA liegen bei 4%. Die Ausfallprämien steigen also und sind dann nicht mehr zu bezahlen, für Griechenland werden mehr als 18% verlangt.

Nach der anschließenden lebhaften Diskussion bedankte sich Ruth Hohenadl im Namen aller sehr herzlich bei Andreas Biele für die so wertvollen und ausführlichen Informationen, die zudem auch sehr gut visualisiert, an Hand einer PowerPoint Präsentation, waren. Der Protokollschreiber bedankt sich bei Andreas Biele für die Zurverfügungstellung des Vortrags zur leichten Anfertigung dieses Protokolls.

Sonstiges: Ruth Hohenadl wies daraufhin, dass der Antrag des BezFA zum Thema: Gemeinsame, umfassende EU-Außen- und Sicherheitspolitik beim Bundesparteitag im Antragsbuch aufgenommen war und an den Bundesfachausschuss Internationale Politik zur weiteren Bearbeitung verwiesen wurde. Die weitere Bearbeitung erfolgt nun am Samstag, den 9. Juli 2011, im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des BFA Unterausschusses Außenpolitik und Menschenrechte und des LFA Außen-, Sicherheits- und Europapolitik. Zeit: 10-17 Uhr. Ort: Hofbräukeller am Wiener Platz, Maximilianstüberl, Innere Wiener Straße 19 in München, U4/U5 Max-Weber-Platz.

Der offizielle Teil der Sitzung war um 22.00 Uhr beendet.

gez. Christian Werner für das Protokoll, den 4. 7. 2011

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Gregor Gysi, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Dr. Dagmar Enkelmann, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Den Staat Palästina anerkennen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die gegen die Diktaturen gerichteten Demokratiebewegungen in vielen arabischen Staaten sind von historischer Bedeutung. Nach jahrzehntelanger Unterdrückung bestehen sie auf den Prinzipien des Rechtsstaats und der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und einem Leben in Würde. Für sie speist sich die Legitimität der Regierenden fortan aus der Souveränität des Volkes. Ein Erfolg der Demokratie auf Dauer wird aber nur dann möglich sein, wenn sich Frieden und soziale Gerechtigkeit entfalten. Europa und Deutschland können durch eine Politik, die Solidarität zum Maßstab hat, die sozialen und politischen Veränderungen unterstützen und befördern.

Die Umbrüche in vielen Ländern Nordafrikas und des Nahen-Ostens können durch internationale Solidarität den Prozess zur Lösung des Nahostkonflikts befördern.

Noch wird der Bevölkerung in Palästina das Recht auf nationale Unabhängigkeit verweigert.

Israelische Regierungspolitik fördert die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik in der Westbank und erschwert die notwendige Teilung Jerusalems. Einen Ausgleich zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und der von der Hamas geführten Regierung im Gazastreifen kann entgegen der Haltung der israelischen Regierung zur Lösung des Nahostkonflikts beitragen.

Wie die Regierungen anderer EU-Mitgliedsländer hat auch die Bundesregierung keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass der Frieden zwischen beiden Völkern die Zwei-Staaten-Lösung voraussetzt. Über 100 Staaten haben sich inzwischen für die Anerkennung eines palästinensischen Staates eingesetzt. Diesem

Bekanntnis zur Zwei-Staaten-Lösung müssen nun politische Entscheidungen folgen.

Es ist zu befürchten, je länger eine Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts ausbleibt, desto vernehmlicher jene arabischen Stimmen werden, die einen radikalen Kurswechsel gegenüber dem Staat Israel verlangen. Israel kann seine teilweise Isolierung in der Region weder mit militärischer Überlegenheit noch mit politischen Verschleppungstaktiken überwinden. Frieden und Gerechtigkeit auf Dauer für Israel und Palästina setzt eine Zwei-Staaten Lösung voraus.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Um Israelis und Palästinensern ein Leben in Frieden, in politischer Unabhängigkeit, in nationaler Sicherheit und wirtschaftlichem Wohlstand zu ermöglichen, wird die Bundesregierung aufgefordert,

1. im UN-Sicherheitsrat und in der UN-Vollversammlung die Proklamation des Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu unterstützen und für seine Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen einzutreten.
2. den Bundespräsidenten zu veranlassen, den Staat Palästina mittels einer Note anzuerkennen.
3. die Palästinensische Generaldelegation in Berlin und die deutsche Repräsentanz in Ramallah diplomatisch aufzuwerten, wie dies unter anderen die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Spaniens und Norwegens getan haben.
4. der Beschlusslage der Europäischen Union vom Dezember 2009 und den Empfehlungen der European Former Leader Group zu folgen und Ost-Jerusalem als Teil des palästinensischen Staates anzuerkennen.
5. gegenüber der Regierung des Staates Israel unter Verweis auf die EU-Erklärung vom 22. Februar 2011 darauf zu bestehen, dass der völkerrechtswidrige Siedlungsbau nach internationalem Recht zu beenden ist und dass die palästinensischen Gebiete nicht länger als Teil der Innenpolitik betrachtet werden dürfen. Von der Hamas ist die Anerkennung des Staates Israel einzufordern. Die notwendige Verpflichtung der Palästinenser zum Gewaltverzicht verlangt auch einen Gewaltverzicht von Israel.
6. sich für eine auf Dauer angelegte Verständigung zwischen den Führungen in der Westbank und im Gazastreifen mit der Perspektive freier Wahlen sowie der Achtung international anerkannter rechtsstaatlicher Prinzipien einzusetzen. Die Vereinbarung vom 4. Mai 2011 in Kairo gründet auf der Abwägung regionaler arabischer und internationaler Entwicklungen und trägt gleichzeitig den Rufen der palästinensischen Bevölkerung Rechnung, die politischen und persönlichen Rivalitäten zu überwinden.
7. den dramatischen Zuspitzungen in den jüdisch-arabischen Beziehungen in Israel mehr denn je ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Die EU-Erklärung vom 22. Februar 2011 hat auf die Gefährdung von Demokratie, Frieden und Menschenrechten in Israel hingewiesen. Auch an der Qualität der Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Israel entscheiden sich die Aussichten auf eine friedliche Zukunft der israelischen und palästinensischen Bevölkerung.
8. alle Parteien in diesem Konflikt nachdrücklich zum Verzicht auf jegliche Gewaltanwendung bei der Durchsetzung politischer Ziele aufzufordern.
9. sich dafür einzusetzen, dass sich mit der Gründung des Staates Palästina Israel und Palästina gegenseitig anerkennen und Verhandlungen für gegenseitig vorteilhafte Beziehungen aufnehmen.

In den kommenden Monaten muss die Nahostpolitik der Bundesregierung ernsthaft daran mitwirken, dem Prozess bilateraler Verhandlungen zwischen der PLO und Israel neue Dynamik zu verleihen. Die Gleichberechtigung der israelischen und palästinensischen Bevölkerung wird zur Marginalisierung radikaler Kräfte in der gesamten Region beitragen. Die aktive Mitwirkung an der Herstellung des Friedens zwischen Israelis und Palästinensern ist kein Gunsterweis für die eine oder andere Partei, sondern liegt im Interesse des Weltfriedens, aller Staaten in Nordafrika und im Nahen Osten und im Interesse der Bundesrepublik Deutschland.

Berlin, den 16. Juni 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Antrag: Einen gemeinsamen Staat Israel/Palästina anerkennen

I. Wir stellen fest:

Seit über 60 Jahren hat der UN-Teilungsplan für Israel/Palästina Vertreibung, Krieg und Unrecht verursacht. Weder hat er den Juden Sicherheit noch den Palästinensern ihre Rechte gebracht. Juden wie Palästinenser betrachten das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan als ihre historische Heimat. Israel erkennt weder die Grenzen des UN-Teilungsplans von 1947 an noch die Waffenstillstandslinie von 1949. Stattdessen dehnte es seine Grenzen seit 1967 über ganz Palästina aus. Zwischen Mittelmeer und Jordan besteht seitdem ein Staat, Israel, mit unterschiedlichen Rechten für Juden und Palästinenser. Linke wie rechte israelische Regierungen haben seit 1967 durch die Ansiedelung von 500.000 jüdischen Siedlern im Westjordanland und in Ost-Jerusalem eine de facto binationale Realität geschaffen, die eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich macht. Unter Anerkennung dieser "facts on the ground" schrieb der frühere stellvertretende Bürgermeister von Jerusalem, Meron Benvenisti, bereits 2003, daß es nicht mehr darum gehe, "ob" es einen gemeinsamen binationalen Staat geben werde, sondern "wie" dieser aussehen sollte.

Heute leben zwischen Mittelmeer und Jordan etwa elf Millionen Menschen, 50% davon sind israelische Juden, 50% sind Palästinenser. Während der UN-Teilungsplan von 1947 noch einen zusammenhängenden palästinensischen Staat auf 44% des gesamten historischen Palästina vorgesehen hatte, würden den Palästinensern heute nur noch etwa 13% zerstückelte Gebiete bleiben. Ein Staat Palästina aber müßte ein zusammenhängendes Staatsgebiet haben und die Kontrolle über seinen Luftraum, Wasser, Grenzen und eine eigene Armee - alles andere wäre die Homeland-Politik des ehemaligen Apartheid-Südafrika. F.W.de Klerk, der letzte weiße Präsident Südafrikas, der 1994 die Macht an Nelson Mandela übergab, meinte dazu: "Was Apartheid ursprünglich erreichen wollte ist, was jeder heute als die Lösung für Israel und Palästina hält, nämlich - trennen, separate Nationalstaaten auf der Grundlage von Ethnie, verschiedenen Kulturen, unterschiedlichen Sprachen." Die heutige Zwei-Staaten-Roadmap zwischen Israel und den Palästinensern beruhe "auf exakt den selben Prinzipien" wie die Schaffung unabhängiger Homelands für jede Gruppe in Apartheid Südafrika. Dort sollte damals der Status Quo der weißen Dominanz als schwarze Unabhängigkeit getarnt werden. Deswegen verweigerte Nelson Mandela der Transkei und den anderen Bantustans die Anerkennung und kämpfte stattdessen für gleiche Rechte in einem gemeinsamen Land.

II. Wir fordern die Bundesregierung auf:

In diesem Sinne fordern wir die Bundesregierung auf, im UN-Sicherheitsrat und in der UN-Vollversammlung die Proklamation des Staates Palästina nicht zu unterstützen und stattdessen die Proklamation eines einheitlichen demokratischen Staates Israel/Palästina, mit gleichen Rechten für alle seine Bürger, zur Abstimmung zu bringen. Nur ein gemeinsamer jüdisch-palästinensischer Staat zwischen Mittelmeer und Jordan kann die wesentlichen Konfliktpunkte - Siedlungen, Flüchtlinge, Grenzen, Jerusalem, natürliche Ressourcen, Sicherheit und politische Gefangene - für beide Seiten maximal zufriedenstellend lösen und dadurch zu einem gerechten und dauerhaften Frieden in der Region führen. Aus folgenden Gründen fordern wir die Bundesregierung auf, die Ein-Staat-Lösung für Israel/Palästina zu unterstützen und im September bei den Vereinten Nationen vorzuschlagen:

1. Ein einheitlicher Staat respektiert die historische Verbundenheit der Juden mit Judäa und Samaria. Die dortigen Siedlungen bleiben bestehen und können erweitert werden.

2. Das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge zu ihren Heimatorten wird gemäß UN-Resolution 194 gewährt.

3. Durch Beibehaltung des in der Knesset verabschiedeten jüdischen "Law of Return" bleibt das vereinte Israel/Palästina ein jüdischer Staat, in den Juden einwandern können. Gleichzeitig wird es durch die Umsetzung des palästinensischen "Right of Return" ein palästinensischer Staat, in den palästinensische Flüchtlinge zurückkehren können. Jeder kann seinen Wohnsitz frei wählen.

4. Während Hunderttausende palästinensische Flüchtlinge heute im Gazastreifen zusammengedrängt bei einer Dichte von etwa 4.200 Personen pro Quadratkilometer leben, sehen sie jenseits des Stacheldrahts ihr Land in Israel, beinahe leer, mit einer Dichte von fünf Personen pro Quadratkilometer. In einem einheitlichen Staat können sie zu ihren größtenteils unbewohnten Heimatorten zurückgehen.

5. Anstatt jahrzehntelanger Unterstützung durch die UNRWA können palästinensische Flüchtlinge mit Hilfe des UNHCR ebenso repatriiert werden, wie bosnische oder afghanische Flüchtlinge.

6. Eine gemeinsame jüdisch-palästinensische Armee verteidigt nur ihre gemeinsame Außengrenze, ohne sich gegenseitig als feindlich zu betrachten.

7. Als gemeinsamer jüdisch-palästinensischer Staat wird Israel/Palästina von seinen arabischen Nachbarn als Teil der Region willkommen geheißen. Feindseligkeiten werden abgebaut, Grenzen öffnen sich, Reisemöglichkeiten und Wirtschaftsverbindungen entstehen. Überflüssig gewordene Militärausgaben können sinnvoll investiert werden; ein gemeinsamer Wirtschaftsraum führt zu Prosperität und zur Befriedung der gesamten Region.

8. Wenn Juden und Araber in den USA in Frieden und Sicherheit zusammenleben, müssen in einem vereinten Israel/Palästina die selben Voraussetzungen dafür geschaffen werden: ein Staatsbürgerschaftsrecht, das unabhängig von Religion und Ethnie jedem die selben Rechte und Pflichten gewährt. Sicherheit entsteht nicht durch Segregation, sondern durch die Gleichberechtigung jüdischer und palästinensischer Staatsbürger.

9. 80% des Wassers des Westjordanlandes geht heute nach Israel, bzw. zu jüdischen Siedlungen. In einem einheitlichen Staat haben alle das selbe Anrecht an den natürlichen Ressourcen, insbesondere Wasser und Land.

10. Das ungeteilte Jerusalem ist die gemeinsame Hauptstadt und allen frei zugänglich. Die dortigen Siedlungen in Ost-Jerusalem bleiben bestehen.

11. Als Israel am 11.5.1949 mit der UN-Resolution 273 als UN-Mitgliedstaat aufgenommen wurde, geschah dies unter der Annahme, Israel würde die vorausgegangenen UN-Resolutionen 181, zur Teilung in einen jüdischen und einen arabischen Staat, und UN-Resolution 194, zum Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, erfüllen. Beides ist bis heute nicht geschehen. Es ist an der Zeit, den neuen Realitäten im Sinne dieser Resolutionen Rechnung zu tragen und einen einheitlichen demokratischen israelisch-palästinensischen Staat zwischen Mittelmeer und Jordan als neuen UN-Mitgliedstaat aufzunehmen.

Bezüglich der arabischen Freiheitsbestrebungen versicherte Außenminister Westerwelle: "Die deutsche Bundesregierung steht an der Seite derer, die nach Demokratie und

selbstverständlichen Bürger- und Menschenrechten rufen." In diesem Sinne fordern wir die Bundesregierung auf, für einen einheitlichen, demokratischen Staat Israel/Palästina einzutreten, der all seinen Bürgern und Flüchtlingen gleiche Rechte gewährt, und einen solchen Staat im UN-Sicherheitsrat zur Abstimmung zu bringen.

München, den 24. Juni 2011
Sabine Matthes